

Dienstag 26. Februar 2019

Nummer 836

Der Newsletter als PDF

Die Stiftung auf  und 

App der Robert Schuman Stiftung download über [Appstore](#) und [Google Play](#)

— Ich unterstütze die Robert Schuman-Stiftung —

Das Thema Migration steht im Mittelpunkt des Gipfels zwischen der Europäischen Union und der Arabischen Liga

Autor : Jean-Pierre Garson



Zum ersten Mal wurde am 24. und 25. Februar ein Gipfel zwischen der Europäischen Union und der Arabischen Liga veranstaltet, auf dem es unter anderem darum ging, die Zusammenarbeit im Bereich der Kontrolle der Migrationsströme zu verbessern. Es wird sich jedoch zeigen, ob es gelungen ist, eine mittelfristige Perspektive mit präzisen, ehrgeizigen und realistischen Zielen zu vereinbaren, um die internationale Zusammenarbeit im Bereich Migration und Entwicklung zu stärken.

[Fortsetzung](#)

Übersicht

Stiftung : Atlas/EU - Wahlen/EU - Journalismus **Kommission** : Brexit/Zoll **Parlament** : SPE/Manifest - Soziales **Rat der Europäischen Union** : Wettbewerb - Zukunft/EU - Handel - InvestEU - Verteidigung - Frontex - Visa - Digitales/Handel - Transport - Brexit/Soziales - Brexit/Luftverkehr **Diplomatie** : Mali - Arabische Liga **Europäische Agenturen** : Danske Bank **Frankreich** : Industrie **Irland** : Brexit **Lettland** : Finanzen - Deutschland **Rumänien** : Rechtsstaatlichkeit **Großbritannien** : Facebook - Brexit **Georgien** : Deutsch-französisch **Republik Moldau** : Wahlen **Eurostat** : Inflation **Kultur** : Kunst/Madrid - Film/Thessaloniki - Ausstellung/Paris - Ausstellung/Amsterdam - Ausstellung/Brüssel

[Agenda](#) | [Andere Versionen](#) | [Kontakt](#)

Stiftung :

Ständiger Atlas der Europäischen Union



Im Hinblick auf die bevorstehenden Europawahlen hat die Robert-Schuman-Stiftung eine neue Ausgabe des "Ständigen Atlas der Europäischen Union" veröffentlicht, der einen umfassenden Überblick über die Union, die Eurozone, jeden ihrer Mitgliedstaaten und ihre Überseegebiete gibt. Dieses Buch versorgt jeden Leser jederzeit mit den aktuellsten und objektivsten politischen und statistischen Informationen. Es ist in gedruckter Form auf der Website der Stiftung oder in Buchhandlungen sowie in digitaler Form erhältlich... [Fortsetzung](#)

Europawahlen: neue Website gestartet



Vom 23. bis 26. Mai 2019 werden mehr als 300 Millionen Europäer aufgefordert, ihre 705 Abgeordneten für die nächsten fünf Jahre zu wählen. Wie bei früheren Wahlen verfügt die Robert-Schuman-Stiftung über eine eigene Website, um die Wahlen besser zu verstehen und den Wahlkampf in den 27 Mitgliedstaaten zu verfolgen... [Fortsetzung](#)

Deutsch-französischer Journalistenpreis



Die Nominierung für den Deutsch-Französischen Journalistenpreis 2019, an dem die Stiftung beteiligt ist, ist bis zum 1. März möglich. Der Preis zeichnet Journalisten aus den Bereichen Video, Audio, Print und Multimedia aus, die sich kreativ, kritisch und sensibel, aber auch humorvoll mit aktuellen Ereignissen auseinandersetzen und so zu einem besseren Verständnis zwischen Frankreich und Deutschland, im europäischen Kontext, beitragen... [Fortsetzung](#)

Kommission :

Informationskampagne über den Zollsektor im Falle eines NO Deal



Am 18. Februar startete die Europäische Kommission eine Informationskampagne für EU-Unternehmen, insbesondere für KMU, im Bereich der Zoll- und indirekten Steuern, wie beispielsweise der Mehrwertsteuer. Diese Kampagne zielt darauf ab, die Unternehmen auf einen Brexit ohne Zustimmung vorzubereiten. Man ersucht sie, ihre technischen und menschlichen Fähigkeiten zu bewerten, verschiedene Registrierungen und Genehmigungen für Zollzwecke in Betracht zu ziehen, um ihre Geschäftstätigkeit zu erleichtern, und sich an ihre nationale Behörde zu wenden... [Fortsetzung](#)

Parlament :

Kongress der Partei der Europäischen Sozialdemokraten



Auf einem Kongress am 22. und 23. Februar in Madrid verabschiedeten die Europäischen Sozialdemokraten ihr Manifest für die Europawahlen im Mai. Dieses Programm stützt sich auf sieben Verpflichtungen, darunter ein freieres und demokratischeres Europa, einen Jugendplan, mehr Gleichstellung der Geschlechter und ein nachhaltiges Europa. Der führende Kandidat der Partei für die Wahlen ist der Niederländer Frans Timmermans, derzeit Erster Vizepräsident der Europäischen Kommission... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Manifest zum sozialen Europa von Morgen



Auf Initiative der französischen Genossenschaften haben 9 weitere europäische Genossenschaftsvereine und der Internationale Verband der Genossenschaftsvereine ein Manifest für ein sozialeres, solidarischeres und integratives Europa veröffentlicht. Im Hinblick auf die Europawahlen im Mai haben die Unterzeichner auch einen Fragebogen für die Bürger zur Zukunft Europas und zum Thema Gesundheit sowie die "Place de la Santé", eine partizipative Gesundheitsplattform, veröffentlicht... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Rat der Europäischen Union :

Schlussfolgerungen des Rates Wettbewerbsfähigkeit



Am 18. und 19. Februar diskutierten die für Wettbewerbsfähigkeit zuständigen Minister die Auswirkungen der künstlichen Intelligenz auf die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie. Man betonte die Notwendigkeit, künstliche Intelligenz in Europa zu nutzen und zu entwickeln. Die Minister erörterten die Rolle der Industrie bei der Verringerung der CO²-Emissionen und die Frage, wie die Wettbewerbsfähigkeit im Rahmen des Europäischen Semesters besser berücksichtigt werden kann. Sie haben auch das Programm Horizon Europe überprüft... [Fortsetzung](#)

Schlussfolgerungen des Rates Allgemeine Angelegenheiten



Die Minister für europäische Angelegenheiten zogen am 19. Februar eine Bilanz der Verhandlungen über den mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027. Sie bereiteten die Märztagung des Europäischen Rates vor, die sich auf Wachstum, Beschäftigung, Klimawandel und die Vorbereitung eines Gipfels EU-China am 9. April konzentriert. Sie führten einen Gedankenaustausch über die im Januar veröffentlichte Mitteilung der Kommission über "Ein nachhaltiges Europa im Jahr 2030" und über die laufenden Verfahren gegen Ungarn und Polen gemäß Artikel 7 durch. Sie nahmen Schlussfolgerungen zu den Beziehungen zwischen der EU und der Schweiz und zu Maßnahmen zur Gewährleistung freier und fairer Europawahlen an... [Fortsetzung](#)

Informelles Treffen der Handelsminister



Auf ihrer informellen Tagung am 21. und 22. Februar in Bukarest erörterten die europäischen Handelsminister die Reform der Welthandelsorganisation, insbesondere die Reform des Berufungsgremiums für Streitbeilegung sowie die Handelsbeziehungen EU-USA. Sie kamen überein, die Gespräche auf politischer Ebene fortzusetzen, um ein Verhandlungsmandat für ein Handelsabkommen mit Washington anzunehmen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Politische Einigung über InvestEU



Am 21. Februar legte der Rat seinen Standpunkt zu InvestEU fest, einem Vorschlag der Kommission, die 14 verschiedenen Finanzinstrumente, die derzeit zur Förderung von Investitionen in der Union bestehen, in einem einzigen Programm zusammenzufassen. Der Text des Rates sieht auch die Möglichkeit für die Mitgliedstaaten vor, zusätzlich zu der von der Europäischen Union gewährten Garantie einen Teil der Kohäsionsfonds auf InvestEU zu übertragen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Vorläufige Einigung über den Europäischen Verteidigungsfonds



Die EU-Institutionen haben eine teilweise politische Einigung über den Europäischen Verteidigungsfonds erzielt, der eine innovative und wettbewerbsfähige industrielle und wissenschaftliche Basis stärken und einen Beitrag zur strategischen Autonomie der EU leisten wird. Die förmliche Genehmigung durch das Europäische Parlament und den Rat steht jedoch noch aus. Der Fonds finanziert durch Zuschüsse Verbundforschungsprojekte und kommt Projekten im Bereich der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit zugute... [Fortsetzung](#)

Standpunkt zur Frontex-Verordnung



Am 20. Februar legte der Rat seinen Standpunkt zu einer Verordnung über das Europäische Grenz- und Küstenschutzkorps (Frontex) fest. Frontex wird in Bezug auf sein Personal (10.000 Personen bis 2027) und seine technische Ausstattung verstärkt. Sein Mandat wird erweitert, um die Maßnahmen der Mitgliedstaaten im Bereich des Grenzschutzes, der Rückkehr und der Zusammenarbeit mit Drittländern zu unterstützen, sofern sie ihrer Zustimmung bedürfen. Mit den neuen Vorschriften wird Frontex in das europäische Grenzüberwachungssystem (Eurosur) integriert. Die Verhandlungen mit dem Parlament werden nun beginnen... [Fortsetzung](#)

Bestätigung der Einigung über die Reform des Visakodexes



Am 20. Februar bestätigte der Rat das Einvernehmen über die Überarbeitung des Visakodex. Die neuen Regeln werden schnellere und klarere Verfahren ermöglichen, insbesondere durch die elektronische Signaturen von Formularen. Die Visagebühr wird auf 80 € erhöht, um die Bearbeitungsgebühren zu decken. Mit der Verordnung wird ein neuer Mechanismus zur Bewertung der Zusammenarbeit von Drittländern bei der Rückübernahme von Personen in einer irregulären Situation eingeführt... [Fortsetzung](#)

Interimsvereinbarung über die Transparenz im Online-Handel



Am 20. Februar billigte der Rat ein Abkommen mit dem Europäischen Parlament über die Transparenz kommerzieller Aktivitäten über Online-Plattformen. Der Verordnungsentwurf zielt darauf ab, die allgemeinen Bedingungen einfacher und verständlicher zu machen, und sieht die Möglichkeit vor, bei Nichteinhaltung dieser Bedingungen Regress zu beanspruchen... [Fortsetzung](#)

Vorläufige Vereinbarung zur Reduzierung der CO₂-Emissionen von schweren Nutzfahrzeugen



Am 19. Februar haben der Rat und das Parlament eine vorläufige Einigung erzielt, in der erstmals verbindliche CO₂-Emissionsminderungsziele für schwere Nutzfahrzeuge festgelegt wurden. Neue Lastkraftwagen und Reisebusse müssen ihre CO₂-Emissionen bis 2025 um 15 % und bis 2030 um 30 %, im Vergleich zu 2019, senken. Die Vereinbarung stärkt das Anreizsystem für emissionsfreie und

emissionsarme Fahrzeuge (ZLEVs) im Bereich der schweren Nutzfahrzeuge. Sie muss nun von den Mitgesetzgebern genehmigt werden. Sie ergänzt die 2018 verabschiedete Verordnung über die Überwachung und Berichterstattung über die CO²-Emissionen von schweren Nutzfahrzeugen... [Fortsetzung](#)

Wahrung der Sozialversicherungsrechte im Falle eines NO Deal Brexits



Der Rat hat am 22. Februar den Entwurf einer Verordnung über Sofortmaßnahmen im Bereich der Koordinierung der sozialen Sicherheit im Falle eines Austritts ohne Zustimmung des Vereinigten Königreichs aus der EU angenommen. Diese Maßnahmen würden es europäischen und britischen Bürgern ermöglichen, bestimmte Sozialversicherungsrechte zu behalten. Der Text muss nun vom Europäischen Parlament geprüft werden... [Fortsetzung](#)

Kontinuität des Luftfahrtsektors im Falle eines No Deal Brexit



Am 19. Februar schloss der Rat mit dem Parlament ein Interimsabkommen über Maßnahmen zur Begrenzung von Störungen im Luftverkehrssektor im Falle eines Brexit ohne Abkommen. Das Abkommen erlaubt es lizenzierten britischen Luftfahrtunternehmen, grundlegende Luftverkehrsdienste zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU anzubieten. Eine Sonderregelung garantiert die Kontinuität der Linienflüge für sieben Monate. Die Verordnung muss noch vom Parlament und vom Rat förmlich angenommen werden. Sie würde bis zum Inkrafttreten eines Luftverkehrsabkommens mit Großbritannien oder bis zum 30. März 2020 gelten. Am 22. Februar nahm der Rat auch einen Verordnungsentwurf an, um sicherzustellen, dass bestimmte Flugsicherheitsbescheinigungen im Falle eines Brexit ohne Zustimmung gültig bleiben... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Diplomatie :

Verlängerung der EUCAP-Mission Sahel Mali



Am 21. Februar kündigte die Europäische Union die Verlängerung der Mission "EUCAP Sahel Mali" bis zum 14. Januar 2021 an, für die sie ein zusätzliches Budget von 67 Mio. € bereitstellte. Die Mission ist damit beauftragt, die malischen Behörden bei der Umsetzung der von der Regierung festgelegten Reform des Sicherheitssektors zu unterstützen. Sie bietet Schulungen und strategische Beratung und schult die internen Sicherheitskräfte. Die Mission wurde am 15. April 2014 gestartet... [Fortsetzung](#)

Gipfel EU-Arabische Liga



Die Staats- und Regierungschefs der Arabischen Liga und der EU trafen sich am 24. und 25. Februar in Sharm El-Sheikh, Ägypten, zu einem Gipfel. Sie einigten sich auf eine verstärkte Zusammenarbeit, um aktuelle Herausforderungen wie regionale Konflikte, Sicherheit, Migration und wirtschaftliche Entwicklung anzugehen. Sie bekräftigten ihr Engagement für eine Vertiefung ihrer wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Rahmen einer Partnerschaft, die auf Investitionen und nachhaltiger Entwicklung, insbesondere im Bereich Handel und Energie, beruht. Sie erörterten die Situation in Syrien, Libyen und im Jemen. Sie brachten ihre "Besorgnis" über die Lage im Gazastreifen zum Ausdruck und forderten alle Parteien auf, unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, um im Einklang mit dem Völkerrecht einen grundlegenden Wandel herbeizuführen... [Fortsetzung](#)

Europäische Agenturen :

Untersuchung der Europäischen Bankaufsichtsbehörde im Fall Danske Bank



Am 19. Februar leitete die Europäische Bankaufsichtsbehörde (EBA) ein förmliches Verfahren gegen die dänische Danske Bank ein, die in einen Geldwäscheskandal durch ihre estnische Niederlassung verwickelt war. Ziel der Untersuchung ist es, festzustellen, ob die dänischen und estnischen Finanzbehörden die erforderlichen Inspektionen durchgeführt und die erforderlichen Sanktionen gegen die estnische Niederlassung der Bank verhängt haben und ob der Informationsaustausch über potenzielle Risiken angemessen war. Die Untersuchung folgt einem Antrag der Europäischen Kommission vom vergangenen September wegen möglicher Verstöße oder Nichtanwendung von EU-Recht durch diese beiden Behörden... [Fortsetzung](#)

Frankreich :

Deutsch-französisches Manifest für eine europäische Industriepolitik



Am 19. Februar unterzeichneten die französischen und deutschen Minister Bruno Le Maire und Peter Altmaier in Berlin ein deutsch-französisches Manifest für eine an das 21. Jahrhundert angepasste europäische Industriestrategie. Sie fordern ehrgeizigere Politiken mit klaren Zielen bis 2030. Sie benennen drei Säulen, auf die sich die Europäische Kommission konzentrieren sollte: massive Investitionen in Innovationen, Anpassung des Rechtsrahmens der Union und wirksame Maßnahmen zum Schutz der Europäischen Union... [Fortsetzung](#)

Irland :

Die Regierung legt eine Reihe von Maßnahmen im Falle eines NO Deal Brexit vor.



Am 22. Februar veröffentlichte die irische Regierung eine Reihe von Gesetzentwürfen zu den Themen Gesundheit, Bürgerrechte, Bildung, Industrie und Strommarkt, um auf einem möglichen Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union, ohne Zustimmung des Vereinigten Königreichs, gut vorbereitet gegenüber zu stehen. Die Gesetzgebung wird am 8. März im Unterhaus, dem Dáil, und am 15. März im Oberhaus, dem Seanad, diskutiert. Sie wird im Falle eines NO Deal Brexits ratifiziert... [Fortsetzung](#)

Lettland :

Ankündigung von Reformen im lettischen Finanzsektor



Am 20. Februar kündigte die lettische Regierung ihren Beschluss an, substantielle Reformen in ihrem Finanzsektor durchzuführen, insbesondere bei der Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung. Man beauftragte die Minister für Finanzen, Justiz und Inneres, bis spätestens 26. März ein Legislativpaket auszuarbeiten. Am 23. August forderte MONEYVAL, der Sachverständigenausschuss des Europarates für die Bewertung von Maßnahmen zur Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung, Lettland auf, Maßnahmen gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung zu ergreifen... [Fortsetzung](#)

Besuch des Präsidenten in Deutschland



Der lettische Präsident Raimonds Vējonis besuchte am 21. und 22. Februar Deutschland. In einem Treffen mit seinem deutschen Amtskollegen Frank-Walter Steinmeier erörterte er die Beziehungen zwischen den beiden Ländern, insbesondere den Handel. Im Mittelpunkt der Diskussion standen, mit Bundeskanzlerin Angela Merkel, der Platz Lettlands in den euro-atlantischen Strukturen und die Partnerschaft zwischen Deutschland und den baltischen Staaten... [Fortsetzung](#)

Rumänien :

Spannungen mit der Europäischen Kommission über die Rechtsstaatlichkeit



Die Europäische Kommission - durch ihren Sprecher Margaritis Schinas - und der rumänische Präsident Klaus Iohannis kritisierten die am 19. Februar die von der rumänischen Regierung ohne Konsultation angenommenen Verordnungen. Sie glauben, dass sie Gefahr laufen, die Rolle der Staatsanwaltschaft zu schwächen und die politische Kontrolle des Justizsystems zu erhöhen. Eine der Verordnungen legt den Rahmen fest, in dem Rumänien seine Kandidaten für die Europäische Staatsanwaltschaft auswählen wird, während die andere die Regeln für die Ernennung von Generalstaatsanwälten ändert und der Sonderabteilung für Ermittlungen gegen Untersuchungsrichter mehr Unabhängigkeit verleiht. Am Sonntag, den 24. Februar, fanden Protestkundgebungen statt, hauptsächlich in der Hauptstadt. Darüber hinaus wirft die rumänische Regierung den EU-Kommissaren Franz Timmermans und Vera Jourova vor, den Bericht des Kooperations- und Kontrollmechanismus über die Fortschritte bei der Verbesserung der Rechtsstaatlichkeit im Land gefälscht zu haben. Es ist geplant rechtliche Schritte dagegen einzulegen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Großbritannien :

Bericht über Fehlinformationen und "Fake News"

In einem am 18. Februar veröffentlichten Bericht über Desinformation und gefälschte Nachrichten beschrieb der Ausschuss für digitale



Technologie, Kultur, Medien und Sport des britischen Parlaments Facebook als "digitalen Gangster", weil es "absichtlich gegen Datenschutz- und Wettbewerbsgesetze verstoßen hat". Der Ausschuss verwies auf die Bedrohungen für die Demokratie, insbesondere im Hinblick auf das Brexit-Referendum vom Juni 2016, und gab mehrere Empfehlungen ab, darunter die Einführung eines "verbindlichen Verhaltenskodex", die rechtliche Haftung von High-Tech-Unternehmen sowie Reformen der Gesetze zur Wahlkommunikation und der Regeln für die Beteiligung ausländischer Parteien an britischen Wahlen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Neue Diskussionen über den Brexit



Die britische Premierministerin Theresa May und der Präsident der Europäischen Kommission Jean-Claude Juncker trafen sich am 20. Februar in Brüssel, um ihre Bemühungen um einen geordneten Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union zu überprüfen. Im Mittelpunkt der Diskussionen stand die Möglichkeit rechtsverbindlicher Änderungen am "Sicherheitsnetz", um die Rückkehr einer physischen Grenze zu Irland zu verhindern. Die beiden Vorsitzenden kamen überein, dass ihre Teams weiterhin "in einem positiven Geist" alle für Brüssel und die britischen Abgeordneten akzeptablen Optionen prüfen werden, bevor am 12. März eine Abstimmung erfolgen wird. Am 25. Februar verpflichtete sich der Vorsitzende der Labour Party, Jeremy Corbyn, ein zweites Referendum zu unterstützen, falls das Abkommen nicht ratifiziert wird... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#) | [Andere Links](#) | [Andere Links](#)

Georgien :

Präsidentenbesuch in Frankreich und Deutschland



Die georgische Präsidentin Salome Zurbishvili besuchte vom 19. bis 21. Februar Frankreich und Deutschland. In Paris leitete sie den französisch-georgischen Dialog mit dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron im Namen eines in der Fremdenlegion getöteten georgischen Offiziers, Dimitri Amilakhvar, ein, um dann konkrete Projekte in den Bereichen Wirtschaft, Handel, Kultur und Sicherheit zu entwickeln. In Berlin diskutierte Salome Zurbishvili mit Bundeskanzlerin Angela Merkel die deutsch-georgischen Beziehungen und die Situation im Kaukasus... [Fortsetzung](#)

Republik Moldau :

Ergebnisse der Parlamentswahlen



Nach den vorläufigen Ergebnissen der Wahlkommission hat keine Partei nach den Parlamentswahlen in Moldawien am 24. Februar eine absolute Mehrheit erhalten. Die Sozialistische Partei des pro-russischen Präsidenten Igor Dodon kam mit 31,4% der Stimmen auf den ersten Platz, vor dem ACUM-Bündnis, das als proeuropäisch dargestellt wurde, es erhielt 26% der Stimmen. Die regierende Demokratische Partei belegte mit 24% der Stimmen den dritten Platz. Wenn die Parteien nicht innerhalb von 45 Tagen eine Regierung bilden, müssen Neuwahlen angesetzt werden... [Fortsetzung](#)

Eurostat :

Inflationsrate bei 1,4% in der Eurozone und 1,5% in der EU



Nach Angaben von Eurostat lag die jährliche Inflationsrate in der Eurozone im Januar 2019 bei 1,4%, gegenüber 1,5% im Dezember 2018, und in der Europäischen Union lag sie im Januar 2019 bei 1,5%, gegenüber 1,6% im Dezember. Die niedrigsten Quoten wurden in Griechenland (0,5%), Kroatien und Portugal (je 0,6%) verzeichnet. Die höchsten Quoten wurden in Rumänien (3,2%) und Lettland (2,9%) verzeichnet... [Fortsetzung](#)

Kultur :

ARCOmadrid 2019



Vom 27. Februar bis 3. März findet im IFEMA-Messezentrum (Feria de Madrid) eine der größten künstlerischen und kulturellen Veranstaltungen Spaniens, die ARCO, die internationale Messe für zeitgenössische Kunst, in Madrid, statt... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

21. Dokumentationsfestival in Thessaloniki



Vom 1. bis 10. März findet die 21. Ausgabe des Thessaloniki Documentary Festival, dem wichtigsten Festival seiner Art in Europa, statt. Es werden 178 Spielfilme und 49 Kurzdokumentationen von Regisseuren aus aller Welt gezeigt... [Fortsetzung](#)

Die Courtauld-Kollektion in Paris



Die Sammlung des englischen Industriellen und Mäzens Samuel Courtauld, eine der wichtigsten des Impressionismus, wird bis zum 17. Juni in der Louis Vuitton Stiftung in Paris präsentiert. Zu den etwa hundert Werken gehören Gemälde von Manet, Seurat, Cézanne, Van Gogh und Gauguin... [Fortsetzung](#)

Hockney - Van Gogh: die Freude an der Natur



Vom 1. März bis 26. Mai wird im Van Gogh Museum in Amsterdam die Ausstellung "Hockney - Van Gogh: die Freude an der Natur" gezeigt und die Parallelen zwischen den Werken der beiden Künstler, insbesondere in ihrer Beziehung zur Natur, präsentieren... [Fortsetzung](#)

Ausstellungen im Kanal Centre Brüssel vor den geplanten Bauarbeiten



Das Kanal-Centre Pompidou, das zukünftige Kulturzentrum für moderne und zeitgenössische Brüsseler Kunst, präsentiert sechs neue Ausstellungen bis zum 30. Juni, bevor das Gelände, eine ehemalige Citroën-Anlage, geschlossen wird, um die Umbau- und Entwicklungsarbeiten einzuleiten. Drei der Ausstellungen werden mit Unterstützung des Centre Pompidou in Paris gestaltet, die anderen wurden in Zusammenarbeit mit dem Centre d'Architecture bruxellois (CIVA) realisiert... [Fortsetzung](#)

Agenda :



27. Februar

London

Parlamentsdebatte im britischen Unterhaus zum Thema des Abkommens über den Austritt aus der Europäischen Union



1. März

Bukarest

Informelles Treffen der Kommunikationsminister



3. März

Estland

Parlamentswahlen



4. März

Brüssel

Rat "Energie"

Der Newsletter ist auch in folgenden Sprachen erhältlich:



Ich mag den Newsletter der Robert Schuman Stiftung

Die Redaktion des Newsletters :

Stefanie Buzmaniuk, Helen Levy ;
Cléa Agosta, Victoire Bortoli, Chloé Hellot, Natasha Hroneska, Sophie van der Heijden
Chefredakteur : Eric Maurice
Publikationschef : Pascale Joannin

Kontakt / Anmerkungen
info@robert-schuman.eu

Robert-Schuman-Stiftung wurde im Jahr 1991 als gemeinnützige Stiftung gegründet und ist nunmehr eines der bedeutendsten Forschungszentren Frankreichs zu Europa und den europäischen Politiken. Sie erstellt zahlreiche Studien zur Politik der Europäischen Union und publiziert diese außer in Frankreich auch im europäischen Ausland. Auch außerhalb Europas informiert die Robert-Schuman-Stiftung regelmäßig über aktuelle politische Entwicklungen in Europa. Mit ihren Recherchen, Veröffentlichungen und Veranstaltungen regt die Robert-Schuman-Stiftung immer wieder zur öffentlichen Debatte europäischer Themen an und bereichert diese zusätzlich durch ihr Engagement und zahlreiche wissenschaftliche Beiträge. Stiftungspräsident : Jean-Dominique Giuliani.

Wollen Sie diesen Newsletter abbestellen? [{LINK}](#)